

Josef Freise:

Entwicklung und Soziale Arbeit im globalen Süden und globalen Norden

Der Eröffnungsvortrag für das heutige Fachforum soll Aspekte der Internationalisierung und Globalisierung Sozialer Arbeit aufgreifen. Wir erleben Internationalisierung und Globalisierung Sozialer Arbeit an unseren Hochschulen tagtäglich. Zum einen gehen immer mehr Studierende in Praxissemester oder auch für ein Studiensemester ins Ausland. Bevorzugt dabei sind neben Australien Länder der südlichen Erdhälfte. Studierende der Sozialen Arbeit unterstützen Lehrer in Indien beim Englischunterricht, kümmern sich in Bolivien um geistig behinderte Kinder oder engagieren sich in Kenia in der Straßenkinderarbeit. Gleichzeitig erreichen immer mehr Menschen aus südlichen armen Ländern Deutschland trotz des Dublin II Abkommens, das vorsieht, dass Flüchtlinge sich in dem Land um Asyl bemühen müssen, das sie als erstes in der Europäischen Union betreten haben. Trotzdem gibt es minderjährige unbegleitete Flüchtlingskinder, die den Weg nach Deutschland finden und es gibt gerade in Köln viele Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus die beispielsweise mit einem Touristenvisum eingereist sind und nach Ablauf des Visums einfach geblieben sind.

Ich will hier einige grundlegende Überlegungen zum Spannungsfeld von Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit auf der einen und Sozialer Arbeit auf der anderen Seite sagen und dabei die Beziehungen zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden in den Blick nehmen. Ich schließe dann mit vier Thesen.

Zu den Begrifflichkeiten globaler Süden und globaler Norden

Die Begrifflichkeit erste, zweite und dritte Welt ist obsolet geworden. Sie stammt aus der Zeit des Kalten Krieges, in der sich der (kapitalistische) Westen als die erste Welt bezeichnete, die kommunistischen Staaten als die zweite Welt deklarierte und den "Rest" der blockfreien Staaten und zumeist armen Länder als die dritte Welt bezeichnete. Eine wertende Hierarchie ist auch bei den Begriffen der (entwickelten) Industrieländer, den Schwellenländern und den Entwicklungsländern herauszuspüren. Das Begriffspaar des

globalen Nordens und des globalen Südens versucht wertende Beschreibungen dieser Art zu vermeiden (vgl. zum Folgenden Lokal e.V. 2013, S. 11). Die Einteilung in Nord und Süd hat eine geographische Bedeutung aber sie bezeichnet mehr: "Mit dem Begriff globaler Süden wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte privilegierte Position" (ebd.). Mit dieser inhaltlichen Positionierung werden auch geographische Ausnahmen gefasst, wie beispielsweise Australien, das mehrheitlich dem globalen Norden angehört, wohingegen in Südafrika und Namibia die reichen Schichten insbesondere der Weißen zum globalen Norden gehören. So gesehen hat diese in der Perspektive des Postkolonialismus beheimatete Begrifflichkeit ihre Wurzeln in dem von Johann Galtung entwickelten Zentrum-Peripherie-Modell (Galtung 1972, S. 29 - 105). Nach Galtung sind Entwicklung und Unterentwicklung als ein System zu verstehen, das die Pole Zentrum und Peripherie herausbildet (vgl. zum Folgenden Freise 1982, S. 80 - 82). Die Staaten des Zentrum (oder des globalen Nordens) bilden mehrheitlich Lebensmuster aus, die von Reichtum, Wohlstand und Herrschaft geprägt sind. Sie bilden aber auch Peripherien aus, in denen Menschen an und unter der Armutsgrenze leben und unterdrückt sind. In den Staaten der Peripherie (dem globalen Süden) ist die Mehrzahl der Menschen von Armut, Benachteiligung und Unterdrückung geprägt. Aber auch diese Staaten bilden kleine Zentren als Brückenköpfe zu den wirtschaftlich und politisch reichen und mächtigen Ländern des Nordens aus. Galtung sieht diese Entwicklung als Teil des Imperialismus, den er ökonomisch, politisch, militärisch, kulturell und kommunikativ verfasst sieht und er definiert Imperialismus als "eine Beziehung zwischen einer Nation im Zentrum und einer Nation an der Peripherie, die so geartet ist, dass 1. Interessensharmonie zwischen dem Zentrum in der Zentralnation und dem Zentrum in der Peripherienation besteht, 2. größere Interessendisharmonie innerhalb der Peripherienation als innerhalb der Zentralnation besteht, 3. zwischen der Peripherie in der Zentralnation und der Peripherie in der Peripherienation Interessendisharmonie besteht" (Galtung 1972, S. 36). Alle Überlegungen zur Entwicklungszusammenarbeit und zur Sozialen Arbeit im internationalen Kontext haben diese Machtasymmetrien zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden und innerhalb des globalen Nordens und innerhalb des globalen Südens zu berücksichtigen.

Der Entwicklungsbegriff

Entwicklung im Kontext von Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit hat seinen Ursprung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Kontext der Auflösung der Kolonien. "Als Beginn des Entwicklungsdiskurses wird oftmals die zweite Antrittsrede von US Präsident Harry S. Truman im Jahr 1949 genannt, in der er versprach, den Menschen in den "unterentwickelten Gebieten" durch Kapitalinvestitionen und technischen Fortschritt zu einem besseren Leben zu verhelfen" (Ziai 2010, S. 23). In den Anfangszeiten der "Entwicklungshilfe" galt der globale Norden als Modell gelungener Entwicklung und die "Entwicklungsländer" hatten halt einfach ihren Rückstand aufzuholen und Entwicklung nachzuholen. Vertreter der postkolonialen Theorie kritisieren massiv dieses Konstrukt einer unilinearen Entwicklung und fordern andere Konstrukte wie das der Reparationen: Der globale Norden müsse die Schäden, die er durch den Kolonialismus und durch das ungerechte postkoloniale Weltwirtschaftssystem angerichtet habe, mit Reparationszahlungen wieder ausgleichen. Die afrikanische Entwicklungsbank hat ein einer mit der US-Organisation „Global Financial Integrity (GFI) veröffentlichten Studie herausgefunden, dass den jährlichen Entwicklungshilfegeldern für Afrika in Höhe von 30 Mia. Dollar Abflüsse von 50 Mia. Dollar gegenüberstehen (Dieterich 2013, 18). Zu dieser Kapitalflucht zählen „schmutzige Gelder“ wie „illegal abgezweigte Beiträge aus den Erlösen von Bodenschatzexporten, aber auch zur Steuerhinterziehung ins Ausland geschleuste Mittel oder auch Schwarzgeld aus Korruptionszahlungen“ (Dieterich 2013, 18). Allein Nigeria soll in den vergangenen drei Jahrzehnten mehr als 250 Mia. Dollar so verloren haben, und das alles wird von westlichen Banken und Steuerparadiesen ermöglicht (Dieterich 2013, 18).

Neben dieser notwendigen und berechtigten Kritik muss aber auch auf den emanzipatorischen Gehalt des Entwicklungsbegriffs hingewiesen werden, der zu einer Kritik an der kolonialistischen Vergangenheit führte und das Thema Gerechtigkeit auf die Tagesordnung brachte. Insbesondere auch in kirchlichen Kontexten galt Entwicklung als "der neue Name für Frieden" (Papst Paul VI). Schon die Enzyklika Mater et Magistra des Papstes Johannes XXIII. aus dem Jahr 1961 machte die Entwicklungsförderung zum ständigen Anliegen kirchlicher Sozialverkündigung und sprach von einer Gefahr neuer

Kolonialherrschaft, wenn Entwicklungshilfe mit Beherrschungsabsichten verbunden sei und die Achtung der Eigenarten eines jeden Volkes nicht erfolge. Das Dokument *Gaudium et Spes* des II. Vatikanischen Konzils forderte Landreformen angesichts der Latifundien von Großgrundbesitzern und in diesem Zusammenhang wurde der Entwicklungsdiskurs auch Teil einer Theologie der Befreiung.

Bis heute hat der Entwicklungsbegriff aber seine Zwiespältigkeit aber nicht verloren. Vielfach bleibt er in seiner kolonialen und westlich arroganten Überheblichkeitslogik stecken. Man spürt geradezu, dass das Projekt der Zivilisierung der Unzivilisierten aus der Kolonialzeit durch das Programm der Entwicklung der Unterentwickelten abgelöst wurde (Uma Kothari zitiert nach Ziai 2010, S. 24). Wenn heute von Zielen der Entwicklungspolitik gesprochen wird, werden immer wieder die Millenniumsentwicklungsziele genannt:

- die Beseitigung von extremer Armut und Hunger,
- die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung,
- die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen,
- die Senkung der Kindersterblichkeit,
- die Verbesserung der Gesundheit von Müttern,
- die Bekämpfung von HIV / Aids, Malaria und anderen Krankheiten,
- die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit,
- der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft (vgl. Holz 2010, S. 3).

So richtig diese Ziele sind, die im September des Jahres 2000 von 189 UN Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden, so unausgewogen ist doch die Zielrichtung, wenn man bedenkt, dass außer dem letzten Ziel der weltweiten Entwicklungspartnerschaft alle anderen sieben Ziele letztlich auf den globalen Süden ausgerichtet sind. Wenn man dagegen das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ernst nimmt, dann zeigt sich, dass die Länder des globalen Nordens viel stärker in den Fokus geraten, denn die Lebensweise und die Entwicklungsvorstellungen des Nordens sind nicht verallgemeinerbar und führen zu einer Zerstörung des Klimas, zu einer Ausbeutung der Bodenschätze, zu einer

nuklearen Verseuchung.

Der Entwicklungsdiskurs muss deshalb entscheidend transformiert werden. Auch die Indikatoren wie das Pro-Kopf-Einkommen oder neuerdings der Human Development Index bleiben einseitig, denn es sind eben auch andere Kriterien einer guten Gesellschaft denkbar, wie Aram Ziai schreibt: "Wie steht es mit sozialer Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und Selbstmordraten, Gastfreundschaft und Rassismus, Sexismus, dem Umgang mit Alten oder Behinderten? Wie mit dem Ressourcenverbrauch und dem Verhältnis zur Natur?" (Ziai 2010, S. 25). Die Tatsache, dass die herrschenden Begrifflichkeiten wie Bruttoinlandsprodukt, Entwicklungsländer usw. Ergebnis eines weltweiten Diskurses sind, der von Machtverhältnissen geprägt wird, das wird zunehmend unter dem Begriff des kognitiven Kapitalismus gefasst. Damit "wird der Zusammenhang zwischen Wissensproduktion und Wahrheitskonstruktion einerseits und dem Aufrechterhalten materieller Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und Süden andererseits hervorgehoben" (Lokal e.V. 2013, S. 11).

Auch die Begrifflichkeit der Entwicklungszusammenarbeit ist Teil dieses kognitiven Kapitalismus, wenn die Machtasymmetrien nicht thematisiert werden, die in der Zusammenarbeit zwischen Institutionen des Südens und des Nordens vorhanden sind. Es gibt natürlich auch die emanzipatorischen Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit überall da, wo Partizipation der Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur gefordert sondern auch umgesetzt wird. Am weitesten vorangekommen sind hier Entwicklungsprojekte von Nichtregierungsorganisationen beispielsweise auch von kirchlichen Nichtregierungsorganisationen, die über Jahrzehnte hin in einem intensiven Austausch miteinander stehen und durch Konflikte hindurch miteinander gearbeitet, sich aneinander gerieben und gemeinsam vorangekommen sind. Staatliche Entwicklungszusammenarbeit hebt diese erfolgreichen gemeinsamen Entwicklungsprojekte gerne werbewirksam hervor, die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen macht nur einen sehr geringen Teil des gesamten Volumens der Entwicklungszusammenarbeit aus. Kritik an staatlicher Entwicklungszusammenarbeit ist und bleibt beträchtlich. Frank Bliss konstatiert einen nach wie vor großen Widerspruch zwischen dem Anspruch, einerseits die Mitwirkung aller

an Entwicklungsmaßnahmen Beteiligten (Stakeholder-Partizipation) zu ermöglichen und andererseits dem Antragprinzip, dass Entwicklungsprojekte immer wieder nach den Regeln des Gebers angefragt werden müssen. "So kommt es doch letztlich höchstens zu einem "Kompromiss" zwischen politischen Vorstellungen beider Seiten" (Bliss 2009, S. 21). Ein weiteres Problem stellt die zeitliche Befristung der Förderung von Projekten dar. Nach Ende eines Projekts und dem Abzug der internationalen Projektmitarbeiter kommt es oft genug wieder zu einem Rückfall in den Status quo ante. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Geberinstitutionen der Entwicklungszusammenarbeit ihren bisherigen Kriterien wie Gendergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit usw. das Kriterium Überwindung von Machtasymmetrie hinzufügen würden.

Soziale Arbeit und Globalisierung

Soziale Arbeit wird vom Deutschen Bund für Soziale Arbeit und Heilpädagogik folgendermaßen definiert:

„Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechts-Profession. Sie handelt auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und entsprechend begründbarer Methoden. Sie hilft Menschen, eine befriedigende Teilhabe am Leben zu erreichen. Sie unterstützt die Gesellschaft in ihrer sozialen und demokratischen Verpflichtung. Sie handelt auf der Basis besonderer berufsethischer Verpflichtungen. Die Profession Soziale Arbeit hilft Einzelnen, Gruppen und dem Gemeinwesen bei der Lösung von Problemen, die nicht über pflegerische, gesundheitliche und privatrechtliche Dienste zu lösen sind. Die Profession Soziale Arbeit hilft der Politik, in dem sie mögliche Ursachen für Problemlagen benennt (Handlungsforschung) und zugleich über neu entstehende Problemlagen informiert (Frühwarnsystem). Die Profession Soziale Arbeit hilft der Gesellschaft, indem sie unmittelbar den sozialen Zusammenhalt fördert, darüber hinaus gesellschaftliche Veränderungsbedarfe anmahnt, zu deren Umsetzung beiträgt und Teilhabe aller BürgerInnen ermöglicht und unterstützt. Die Profession Soziale Arbeit handelt auf der Grundlage von Schlüsselkompetenzen, die wiederum Grundlage für die Anwendung besonderer Methoden sind.“ (Definition Soziale Arbeit: <http://www.dbsh.de/beruf.html>)

Soziale Arbeit war ursprünglich national konzipiert, weil die gesetzlichen

Rahmenbedingungen eine nationale Vorgehensweise notwendig machten. Aber heute erleben Studierende der Sozialen Arbeit, dass sie ohne Ausländerrecht und ohne Kenntnis der europäischen Verträge (Amsterdamer Vertrag, Schengen-Abkommen) viele Probleme der Sozialen Arbeit weder verstehen noch in ihnen intervenieren können. Die Definition der Sozialen Arbeit macht auch deutlich, dass ein Berufsethisches Verständnis Soziale Arbeit prägt, das in den Menschenrechten verankert ist, sowie eine wissenschaftliche Verankerung, die nationales, provinzielles Denken übersteigt und nach „best practice“-Ansätzen weltweit fragt. Silvia Staub-Bernasconi spricht deshalb vom Triple-Mandat der Sozialen Arbeit: Neben Hilfe und Kontrolle ist als dritte Komponente eine berufsethische und wissenschaftliche Verankerung der Sozialen Arbeit notwendig Staub-Bernasconi 2007:.

Soziale Arbeit globalisiert sich und es ist wichtig wahrzunehmen, dass es sich um die Form einer „strukturell-asymmetrischen Art von Globalisierung“ (Senghaas-Knobloch 2010, 29) handelt: Weltweit und auch innerhalb Deutschlands sind Einkommensunterschiede dramatisch angestiegen. Viele soziale Infrastrukturen, auch die der Sozialen Arbeit, werden privatisiert; informalisierte Arbeit nimmt zu und auch für Lateinamerika gilt: „Der Anteil arbeits- und sozialrechtlich geschützter Beschäftigungsverhältnisse sank zugunsten von Kontraktarbeit und Alleinselbstständigkeit sowie von befristeter Beschäftigung, Teilzeitarbeit und einem starken Anstieg verschiedener Arbeitsformen in der informellen Ökonomie mit ihren verletzlichen Beschäftigungsformen (Senghaas-Knobloch 2010, 30).

Viele Arbeitsverhältnisse bei uns im globalen Norden nehmen als befristete Verträge, als Teilzeitarbeit, Minijobs oder Leiharbeit immer mehr Züge der uns bekannten Arbeitsverhältnisse aus dem globalen Süden an, und der Sektor der Sozialen Arbeit ist davon massiv betroffen. Zudem hat die „Projektitis“ die Soziale Arbeit erreicht. Wichtige Aufgaben der Sozialen Arbeit wie die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf ihrem schulischen Entwicklungsweg werden überwiegend aus kurzfristigen Projektgeldern finanziert und einen Großteil der Arbeit verbringen Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen damit, Anträge für Sponsoren ihrer Arbeit zu schreiben.

Diese Form der Finanzierung war in der Entwicklungszusammenarbeit schon jahrzehntelang üblich; jetzt greift sie auch auf die Soziale Arbeit über.

Menschenwürdige Arbeitsverhältnisse sind ein Ziel Sozialer Arbeit, das weltweit verfolgt werden müsste, und die Internationale Arbeitsorganisation ILO verfolgt dieses Ziel. Soziale Arbeit müsste lobbymäßig hier viel stärker vertreten sein und beispielsweise bei den Koalitionsverhandlungen jetzt hier in Deutschland nicht nur einen Mindestlohn für Deutschland fordern, sondern die Umsetzung der vier strategischen Grundsätze der ILO weltweit fordern: produktive Beschäftigung, Rechte bei der Arbeit, Sozialschutz in den Lebensphasen, in denen nicht gearbeitet wird und Sozialdialog (vgl. Senghaas-Knobloch 2010, 31). Neben den verschiedenen Umweltsiegeln, die sich derzeit weltweit etablieren, müssten auch Sozialsiegel auf den Weltmarkt kommen, damit wir wissen, ob die Kleidung, die ich trage, ohne Kinderarbeit zustande gekommen ist, wie viel diejenigen, die sie produziert haben, an ihr verdienen usw.

Indigene Soziale Arbeit des Südens im Widerspruch zu neoliberalen Positionen des Westens

Im globalen Süden war und ist überall da Teil des kolonialen und nachkolonialen Erbes wo unkritisch nach der Devise "west is best" die Standards des globalen Nordens übernommen werden (Straub 2012, S. 45). Straub verweist jedoch auf Entwicklungen einer einheimischen oder indigenisierten Sozialen Arbeit, die sich den neoliberalen Positionen des globalen Nordens widersetzt und eigene kritische Konzepte entwickelt. Das bei uns bekannteste Beispiel ist sicherlich die Pädagogik der Unterdrückten von Paulo Freire in Brasilien. Straub erläutert, dass die Schwerpunkte Sozialer Arbeit in den armen Ländern des Südens darin liegen Armut zu bekämpfen, Zugang zu Landbesitz zu ermöglichen und Bildung zu fördern (ebd.). Soziale Arbeit des Südens fokussiert stärker auf Gemeinschaft als auf Einzelarbeit und fördert soziale Entwicklung. Eine wichtige Ressource der sozialen Entwicklung sind im Süden die Indigenous Knowledge Systems (IKS) (Straub 2012, S. 46). Als Beispiel nennt sie die Restorative Justice, stärkende Rechtsprechung, die weniger auf den Täter und die Bestrafung ausgerichtet ist als vielmehr auf inklusive und kooperative Prozesse, die die Gemeinschaft stärken sollen (Straub 2012, S. 47). Ein weiteres Beispiel ist die Anti-Oppressive Social Work, die benachteiligte ethnische Gruppen und kulturelle Minoritäten einbinden will. Und ein drittes

Beispiel ist das Konzept der Gemeinschaftskonferenz, Healing Circles oder Community Circles, die die Ressourcen der Gemeinschaft nutzen bei notwendigen Entwicklungs- und Veränderungsprozessen Einzelner.

Was kann Soziale Arbeit im globalen Norden von Sozialer Arbeit im globalen Süden lernen?

Straub ist der Überzeugung, dass Soziale Arbeit im Norden durch die Implementierung solcher Ansätze des Südens gewinnen kann (Straub 2012, S. 52). Während im globalen Norden in der Sozialen Arbeit die Einzelfallhilfe gegenüber der Gruppenarbeit oder gar Gemeinwesenarbeit sehr stark im Vordergrund steht, ist Soziale Arbeit im globalen Süden eingebunden in Gemeinschaftsprozesse und wird aufgrund der oft prekären gesellschaftlichen Verhältnisse immer auch in Zusammenhang gebracht mit notwendigen strukturellen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Diese Ankoppelung Sozialer Arbeit an strukturelle Veränderungsprozesse täte auch unseren Konzepten im Norden gut. Um auf das Konzept von Zentrum und Peripherie zurückzukommen: Soziale Arbeit im Norden hat mit Menschen an der Peripherie unserer Gesellschaft zu tun und wird strukturell zunehmend auch selber in Organisationsstrukturen gepresst, die von der Peripherie her geprägt sind. Ingo Zimmermann weist als Vertreter Kritischer Sozialer Arbeit darauf hin, dass Soziale Arbeit immer "von den jeweils vorherrschenden Bedingungen der Produktions- und Arbeitsverhältnisse" geprägt ist (Zimmermann 2013, S. 247). Er verweist außerdem auf den Widerspruch das Investitionen in die Soziale Arbeit eigentlich angesichts der Prekarisierung zunehmender Teil der Lebensverhältnisse von Menschen notwendig wäre, dass aber das Budget der Sozialen Arbeit sich "an die zyklisch nach den ökonomischen Konjunktoren und eben nicht nach ihrem Bedarf" richtet (Zimmermann 2013, S. 249).

Ich schließe mit vier Thesen:

1. Angesichts einer strukturell-asymmetrischen Globalisierung muss Soziale Arbeit in Theoriebildung, Forschung und Praxis den Blick über den nationalen Horizont hinaus lenken und kritisch die Machtverhältnisse reflektieren, in die sie eingebunden ist. Die Ansätze zur Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession

- sowie diejenigen zur Kritischen Sozialen Arbeit leisten dazu einen Beitrag.
2. In der Entwicklungszusammenarbeit ist paternalistische Entwicklungshilfe ein überholtes Auslaufmodell. Gefragt sind internationale Kooperationen auf Augenhöhe, die auf eine weltweite Vernetzung von Initiativen zur Entwicklung einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Weltgesellschaft zielen (Freise 2010). Dabei haben die Länder des globalen Nordens in gewisser Hinsicht stärkere Herausforderungen zu bewältigen und Veränderungsleistungen zu erbringen als manche Länder des globalen Südens.
 3. Auch die personelle Entwicklungszusammenarbeit funktioniert nicht mehr nach dem „Geber- und Nehmerschema“. Sie sollte sich an den erprobten internationalen Vernetzungsmodellen orientieren, die es „über Städtepartnerschaften, über Schüleraustausch, Studentenaustausch, Universitätspartnerschaften, Wissenschaftsnetzwerke, Zusammenarbeit von Kulturschaffenden...“ gibt (Messner 2013, 13).
 4. Für eine Kooperation auf Augenhöhe müssen auch die Aufnahmestrukturen für Freiwillige und Fachkräfte aus dem globalen Süden in Deutschland und anderen Ländern des globalen Nordens auf- und ausgebaut werden.

Literatur:

Bliss, Frank 2009: Partizipation in der Entwicklungsplanung: Anspruch und Wirklichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 34-35/2009 vom 17. August 2009, S. 21-26

Definition Soziale Arbeit: <http://www.dbsh.de/beruf.html> (Stand: 28.10.2013)

Dieterich, Johannes 2013: „Afrika zahlt für den Westen“, in: Frankfurter Rundschau vom 7.6.2013, S. 18

Freise, Josef 2010: "weltwärts" aus Sicht der Partner. Überlegungen zur strukturellen Weiterentwicklung der Freiwilligendienste im "weltwärts"-Förderprogramm, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik ZEP, 33. Jg. Heft 2, 30-32

Galtung, Johann 1972: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Dieter Senghaas (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt, 29-105

Holtz, Uwe 2010: Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 10/2010 vom 8. März 2010, S. 3-9

Lokal e.V. (Hrsg.) 2013: Bildung für nachhaltige Ungleichheit.

<http://www.lokal.org/publikationen/bildung-fuer-nachhaltige-ungleichheit/> (Stand: 28.10.2013)

Messner, Dirk 2013: Ein Gesellschaftsvertrag für Weltbürger. Der weltweite personelle Austausch zwischen Gesellschaften als Zukunftsszenario – ein Gespräch mit Dirk Messner, in: Arbeitskreis „Lernen und Helfen in Übersee“ e.V. in Zusammenarbeit mit der Redaktion Welt-Sichten: Eine Aufgabe mit Zukunft. 50 Jahre Entwicklungsdienst. Ein Dossier, S. 11-13

Senghaas-Knobloch, Eva 2010: Internationale Arbeitsregulierung für ein menschenwürdiges Leben weltweit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 34-35/2010 vom 23. August 2010, S. 27-33

Staub-Bernasconi, Silvia 2007: Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit, http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Vom_Doppel-_zum_Tripelmandat.pdf (Stand: 28.10.2013)

Straub, Ute 2012: sharing Circles: FGC in the context of Indigenized Social Work, in: Clarijs, René, Malmberg, Thijgs (Ed.): The Quiet Revolution. Aggrandising People Power by Family Group Conferences, Amsterdam, S. 43-53

Ziai, Aram 2010: Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 10/2010 vom 8. März 2010, S. 23-28

Zimmermann, Ingo 2013: Die Anatomie der Gesellschaft, in: Ingo Zimmermann, Jens

Rüters, Burkhard Wubel, Alisha Pilenko, Frank Bettinger: Anatomie des Ausschlusses:
Theorie und Praxis einer Kritischen Sozialen Arbeit, Wiesbaden